

**Rechtspopulistischen Mobilisierungen  
entgegenzutreten –  
Willkommenskultur etablieren**

**Dokumentation der Fachtagungen 2015/2016**

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



# **DOKUMENTATION DER FACHTAGUNGEN**

**Rechtspopulistischen und  
rechtsextremen Mobilisierungen  
entgegentreten, Willkommenskultur  
für Flüchtlinge und Asylsuchende  
etablieren**

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

**Hamburg, 8.12.2015  
Weinheim, 15.1.2016  
Erfurt, 18.1.2016**

---

# Inhalt

Einleitung: Rechtspopulistischen Mobilisierungen entgegentreten!	3
Vom Willkommen zum Ankommen. Zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen	5
Handlungsstrategien gegen Rassismus	7
Zusammenarbeit mit Unterkunftsverwaltung, Sicherheitspersonal und Ehrenamtlichen	9
Kommunikationsstrategien mit Anwohner_innen: »Bürgerversammlungen«	11
Einbeziehung der Flüchtlingsperspektive	13
Sicherheitskonzepte: Schutz von Asylsuchenden und Ehrenamtlichen	15

In Kooperation mit



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Migration, Flüchtlinge und  
Integration

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie **leben!**

sowie mit freundlicher Unterstützung von:

Arbeit und Leben Hamburg

Verlagshaus Gruner + Jahr

Stadt Weinheim

Denk Bunt - Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

Autorin: Veronica Frenzel

Redaktion: Theresa Mair, Timo Reinfank, Tobias Scholz

Fotos: Anna Gold

© Amadeu Antonio Stiftung 2016

Gestaltung:  Design

---

---

# Einleitung: Rechtspopulistischen Mobilisierungen entgegentreten!



*Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein.*

Jeden Tag sind Asylsuchende und Flüchtlinge mit rassistischen Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt konfrontiert. Auch Sozialarbeiter\_innen, Betreiber\_innen von Flüchtlingsunterkünften, Mitarbeiter\_innen der Verwaltung und Ehrenamtliche sind immer wieder von Anfeindungen und Übergriffen Rechtsextremer betroffen. Treffen Hetzparolen rechtsextremer Gruppen unwidersprochen auf Vorbehalte von Bürger\_innen, entsteht schnell ein Klima der Ablehnung gegenüber Flüchtlingen und den Menschen, die sich für sie einsetzen.

**»Es geht jetzt um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, in einer kleinherzigen, miefigen oder in einer offenen«**

**Beate Küpper, Professorin an der Fachhochschule Niederrhein.**

Vertreter\_innen aus Politik, Behörden und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam, schnell und entschlossen handeln, Strategien im Umgang mit rechten Populist\_innen entwickeln, damit Übergriffe und rassistische Ansichten keinen Platz mehr haben und sich eine Willkommenskultur etabliert. Häufig mangelt es jedoch an Ansprechpartner\_innen und Fachwissen, an Kenntnissen der Rechtslage oder Wissen über Mediations-, Kooperations- und Schutzmöglichkeiten, und nicht zuletzt an den Netzwerken.

Gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend organisierte die Amadeu Antonio Stiftung, die gegen Rechtsextremismus und Rassismus kämpft und Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur fördert, deshalb eine deutschlandweite Fachtagungsreihe.

---

In 20 Workshops auf drei Veranstaltungen in Hamburg, Weinheim und Erfurt tauschten sich im Dezember 2015 und im Januar 2016 etwa 200 Praktiker\_innen und Expert\_innen über Strategien und Erfahrungen aus, darunter Bürgermeister\_innen, Verwaltungsangestellte, Polizist\_innen, Angestellte von Gemeinschaftsunterkünften, Demokratieberater\_innen, Ehrenamtliche, und Mitarbeiter\_innen der Fach- und Koordinierungsstellen der vom im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« geförderten Partnerschaften für Demokratie (Pfd).

Die derzeit mehr als 200 Partnerschaften bringen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft, aus Vereinen, Verbänden, Kirchen, bürgerschaftlichen Initiativen zusammen. Die Pfd können die notwendige langfristige Vernetzung und den Austausch von Engagierten über die Tagung hinaus besonders gut leisten.

Nachfolgend finden Sie die relevanten Ergebnisse der Tagungsreihe, praktische Tipps und Denkanstöße für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, sowie die Zusammenarbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, die von den Teilnehmenden mit den Referierenden entwickelt und in die Diskussion eingeführt worden sind.



*Staatsministerin Aydan Özoğuz eröffnet die Fachtagung in Hamburg am 08.12.2015*

---

# Vom Willkommen zum Ankommen. Zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen

Alle einschlägigen Akteure – Mitarbeiter\_innen von Unterkünften, Ehrenamtliche, Demokratieberater\_innen, Vertreter\_innen von Kirchengemeinden und natürlich Kommunalpolitiker\_innen, Sozialarbeiter\_innen und Mitarbeiter\_innen von Wohlfahrtsverbänden – sind gefragt, geflüchtete Menschen gleichberechtigt an der Gemeinschaft teilhaben zu lassen.

- Asylsuchende brauchen von Anfang an Möglichkeiten zur Entfaltung, zum Beispiel einen Raum, in dem sie sich austauschen und organisieren können. Ihre Handlungsfähigkeit und Kompetenzen sollten im Zentrum stehen, sodass sie ihre Entmündigung überwinden können.
- Unabhängig von ihrer Bleiberechtsperspektive müssen Asylsuchende professionelle Deutschkurse erhalten, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihr Leben selbstständig gestalten zu können.
- Es ist sinnvoll, Asylsuchende und Arbeitsmarktakteure frühzeitig zusammenzubringen.

**Im Rahmen des Projekts W.I.R. (Work and Integration for Refugees) in Hamburg erfasst die Agentur für Arbeit die beruflichen Kompetenzen der Asylbewerber\_innen und lotet gemeinsam mit ihnen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aus. Im zweiten Schritt können die Asylsuchenden Deutschkenntnisse und notwendige Qualifikationen erwerben. Parallel dazu helfen die Mitarbeiter\_innen, Abschlüsse anerkennen zu lassen. Die Agentur für Arbeit steht bei dem Prozess eng mit Unternehmen in Kontakt, damit Jobangebote schnell bei den Geflüchteten ankommen. Weitere Informationen zum Projekt W.I.R.:**

<http://bit.ly/1Qdcnle>

Gegen strukturelle Einschränkungen und Ausgrenzung – wie Residenzpflicht, Arbeitsverbote, Zugang zu Bildung und mangelnde Bereitstellung von Ressourcen – können Engagierte kurzfristig wenig tun. Jede\_r kann und sollte aber auf diese hinweisen und konkrete politische Forderungen an die zuständigen Stellen richten. So rief beispielsweise die Freudenberg Stiftung die Initiative »Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt!« ins Leben: <http://bit.ly/1S5Visw>

- Pfd Mitarbeiter\_innen sollten auf ehrenamtliche Initiativen zugehen, ihnen Fördergelder und kommunale Räume zur Verfügung stellen. Zuwendungen für Flüchtlinge und die Flüchtlingsarbeit sollten nicht isoliert behandelt werden. Die Ankunft von Asylsuchenden soll keine Ausnahmesituation bleiben, sondern muss Normalität und mit anderen Lebensbereichen verknüpft werden.
- Asylsuchende sollten von Anfang an über Vereine, Jugendtreffs, Freiwillige Feuerwehren, Musikgruppen informiert, im besten Fall mit Ansprechpartner\_innen in Kontakt gebracht werden. Sportvereine können Fußballländerspiele organisieren, Musikgruppen Liederabende.
- Vor allem im ländlichen Raum spielt Mobilität eine wichtige Rolle für eine gelingende Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Ermäßigte oder unentgeltliche Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Fahrräder und/oder Fahrgemeinschaften sollten bereitgestellt werden.
- Mitarbeiter\_innen von Kulturvereinen und Gemeindezentren können Flüchtlinge einladen, in Erzählcafés über ihre Erfahrungen zu berichten. Lockere Gespräche sind ratsamer als ein Vortrag, um einen Vorführeffekt zu vermeiden.

---

In Mecklenburg-Vorpommern organisierte ein Pfd-Mitarbeiter einen Austausch von Schüler\_innen mit fluchterfahrenen Deutschen und schaffte es so, Verständnis und Engagement für Flüchtlinge anzuregen. Anschließend wurden moderierte Begegnungen organisiert.

Damit die neuen Mitmenschen an Festen und Veranstaltungen teilnehmen können, organisieren Demokratieberater\_innen in mehreren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern Fahrdienste. Sie engagieren für solche Anlässe außerdem eine\_n Dolmetscher\_in, um trotz Sprachbarriere einen Austausch zu ermöglichen.

### Inklusion oder Integration?

Der Integrationsbegriff wird in der Fachöffentlichkeit kritisch betrachtet. Integration setzt demnach auf eine einseitige Anpassung und Eingliederung, womit eine Wir-Ihr-Polarisierung einhergeht. Im Gegensatz dazu steht der Begriff Inklusion für selbstverständliche Zugehörigkeit und die praktische Teilhabe an der Gesellschaft auf allen Ebenen, die zum Beispiel durch Empowerment ermöglicht wird.



### Weitere Beispiele zur Einbindung der neuen Nachbarn:

Die Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: »Menschen stärken Menschen«:

<http://bit.ly/1M9w684>

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung: »Ankommen in Deutschland – Bildung und Teilhabe für geflüchtete Kinder und Jugendliche«: [bit.ly/1RxYjRy](http://bit.ly/1RxYjRy)

Die Aktion des Erzbistum Köln: »Aktion neue Nachbarn«:

<http://bit.ly/22vMtD4>

---

# Handlungsstrategien gegen Rassismus



Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Menschen werden nach rassistischen Kategorien negativ bewertet, wodurch ein gesellschaftliches Machtverhältnis entsteht, in welchem die Konstruktion der ethnischen Zugehörigkeit in allen Lebensbereichen wie ein Platzanweiser wirkt - auch auf Flüchtlinge. Daher ist es wichtig, Rassismus auf persönlicher, interpersoneller, kultureller und institutioneller Ebene zu benennen und entgegenzutreten. Grundsätzlich gilt: Der regelmäßige Austausch mit Geflüchteten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen hilft, Vorurteile abzubauen. Wissen über Rassismus, Fluchtursachen und die Lebensrealität von Asylsuchenden verändert die Haltung. (→ **Vom Willkommen zum Ankommen**)

## **Symbolpolitik, »Politik der klaren Signale«:**

Politiker\_innen und Multiplikator\_innen müssen sich klar positionieren, klare Signale senden, eine Vorbildfunktion einnehmen, rechtsextreme Aufmärsche, Aktivitäten und Parolen verurteilen, Gegendemonstrationen organisieren. Auch der Umgang mit Rassismus in den eigenen Strukturen sollte reflektiert werden. Innerhalb der Verwaltung muss die Arbeit mit Asylsuchenden und gegen Rassismus mehr Wertschätzung erfahren.

## **Soziale Inklusion und Zusammenhalt stärken, demokratische Kultur fördern:**

- Verwaltungsangestellte sollten mit Weiterbildungsprogrammen zu interkultureller Bildung, Rassismus und demokratischer Kultur geschult werden. Multiplikator\_innen sollten Argu-

---

mente gegen rassistische Äußerungen parat haben (*Argumentationshilfen bietet die Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl: »Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile.«*: <http://bit.ly/1Ts6LbE>

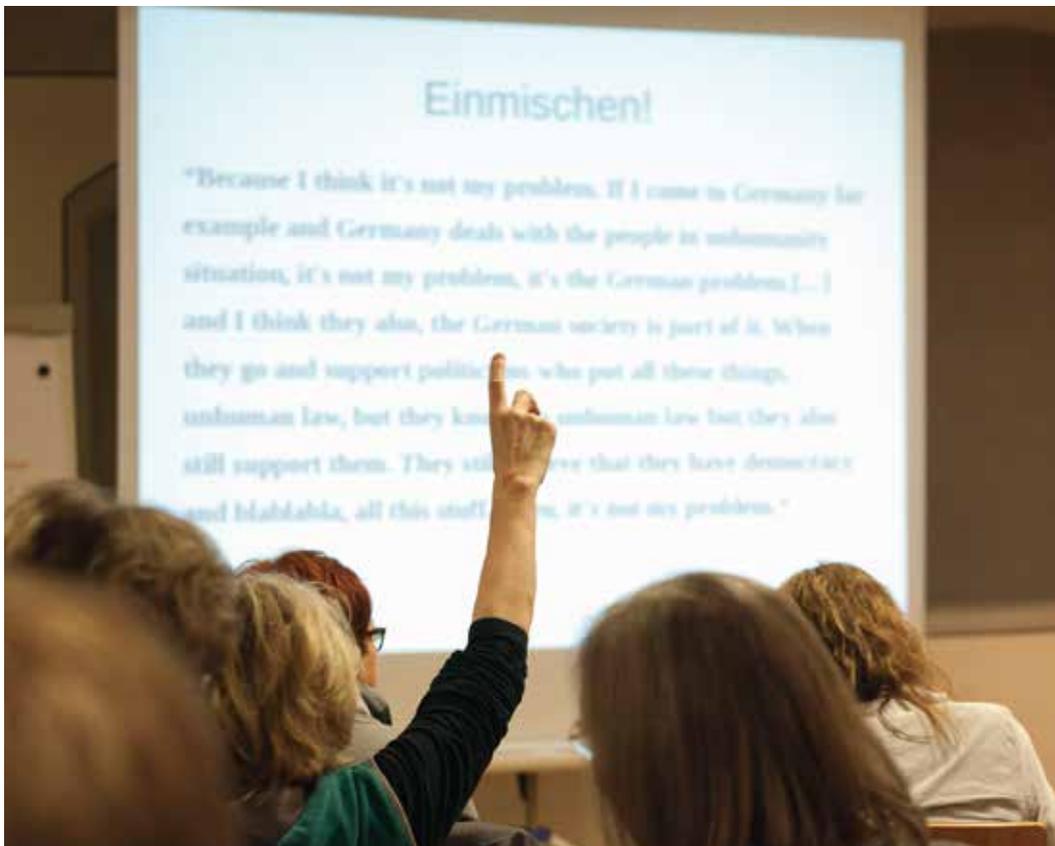
- Betroffene rassistischer Übergriffe müssen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus Zugang zu Beratungsangeboten haben und gestärkt werden (Empowerment). Die physischen und psychischen Folgen der Taten müssen behandelt werden, und zwar in Deutschland, wo sie entstanden sind. Die Menschen müssen Schutzräume erhalten, ihnen muss mindestens bis zum Abschluss des Strafverfahrens und bis zum Ende der Behandlung der Schäden das Bleiberecht gewährleistet werden. Multiplikator\_innen sollten entsprechende Forderungen stellen.
- Mitarbeiter\_innen in Unterkünften müssen den Bewohner\_innen deutlich signalisieren, dass sie bei Übergriffen ein offenes Ohr und Unterstützung finden.

### **Interkulturelle Öffnung:**

Durch (verpflichtende) Fortbildungen zu Rassismus muss ein Bewusstsein über Alltagsrassismus geschaffen, sowie Strategien für eine nicht-rassistische Organisation entwickelt werden, in der alle gleichberechtigt Zugang zu Bildung, Kultur, Sport etc. haben.

### **Repression:**

Rassistische Übergriffe müssen konsequent verfolgt und Hintergründe von ordnungspolitischen Akteuren, Polizei und Justiz klar benannt werden.



---

# Zusammenarbeit mit Unterkunftsverwaltung, Sicherheitspersonal und Ehrenamtlichen

Auch Mitarbeiter\_innen von und im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften können eine von Rassismus geprägte Haltung haben. Problematisch sind nicht nur bestehende Vorurteile. Aus negativen Erlebnissen im Umgang und bei der Arbeit mit Asylsuchenden können rassistische Annahmen verfestigt und gestärkt werden. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter\_innen sind möglicherweise irritiert, wenn Asylsuchende nicht bereit sind für streng getakteten Deutschunterricht, wenn sie das Angebot an Kleiderspenden nicht annehmen, wenn sie sich diskriminierend äußern.

- Die Verantwortlichen in den Unterkünften sollten sich regelmäßig nach den Bedürfnissen und Sorgen von Angestellten und Ehrenamtlichen erkunden. Auch Bedenken und Ängste müssen diskutiert werden. Rassistische Vorbehalte müssen reflektiert und thematisiert werden. Probleme, Konflikte und Missverständnisse müssen frühzeitig erkannt und aus dem Weg geräumt werden.

**In einer Hamburger Unterkunft, in der es zu rassistischer Hetze gekommen war, stellte sich in anschließenden Gesprächen heraus, dass den Sicherheitsmitarbeiter\_innen die Möglichkeit fehlte, in einer schwierigen Situation Abstand zu gewinnen. Nachdem ein verschließbarer Pausenraum eingerichtet wurde, verbesserte sich die Situation spürbar.**

- Sicherheits- und Betreiberfirmen müssen Bewerber\_innen genau prüfen. In der Stellenausschreibung sollte stehen, dass die künftigen Mitarbeiter\_innen (auch) in Flüchtlingsunterkünften arbeiten werden. Im Bewerbungsgespräch sollten konkrete Situationen besprochen werden, zum Beispiel wie man mit Anfeindungen aus der Nachbarschaft und mit Konflikten unter Bewohner\_innen umgehen würde. Die Aufgaben müssen klar benannt sein. Bei Sicherheitsfirmen sollten das Schutz der Geflüchteten und Deeskalation bei Streitereien in der Unterkunft sein.
- Langfristig sollten alle Mitarbeiter\_innen im Umfeld von Unterkünften in Fortbildungen für Rassismus sensibilisiert und über Fluchtgründe und Fluchterfahrung informiert werden. Übungen, bei denen die Mitarbeiter\_innen sich in die Situation der Geflüchteten versetzen, lehren Empathie. Jeder sollte außerdem in der Lage sein, Symbole von Nazis (einschlägige Marken, Codes etc.) zu erkennen. In Rollenspielen kann geübt werden, wie am besten auf rassistische Propaganda reagiert und wie Sorgen der Anwohner\_innen begegnet werden kann.
- Im Idealfall sollten keine Subunternehmen zwischengeschaltet werden. Zwischenebenen erschweren die Kommunikation mit den Mitarbeiter\_innen.
- Eine externe Mediation kann die Kommunikation erleichtern. Mitarbeiter\_innen der Pfd-Fach- und Koordinierungsstellen können »runde Tische« einberufen, Gesprächsangebote für Helfer\_innen und Mitarbeiter\_innen organisieren. Psycholog\_innen an Uni-Kliniken können Haupt- und Ehrenamtlichen helfen, einen besseren Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen zu finden. Supervisor\_innen können bei Reflexion, Verarbeitung und Umgang mit Problemen unterstützen.

Angestellte der Stadt Marburg überlassen die Kommunikation nicht den Betreiberfirmen, sondern suchen direkt den Kontakt mit Sicherheitspersonal, Mitarbeiter\_innen von Unterkünften und Ehrenamtlichen. Alle Beteiligten - Politiker\_innen, Behördenmitarbeiter\_innen, Polizist\_innen, Mitarbeiter\_innen und Nachbar\_innen von Unterkünften - treffen sich regelmäßig, um über Missstände, Frustration und Vorfälle zu sprechen. Ängste und Sorgen des Personals und der Anwohner\_innen sowie Vorkommnisse werden diskutiert und aufgeklärt und gleichzeitig wird verhindert, dass einer Gruppe negative Eigenschaften zugeschrieben werden.



---

# Kommunikationsstrategien mit Anwohner\_innen: »Bürgerversammlungen«

Rechtsextreme kaperten im August 2013 die Veranstaltung des Bezirks Berlin-Hellersdorf und hetzten dort offen gegen Flüchtlinge. Politiker\_innen und Mitarbeiter\_innen der zuständigen Behörden schauten überrumpelt zu. Ähnliche Situationen haben Kommunen in der ganzen Bundesrepublik erlebt. Rechtsextreme nutzen gezielt Veranstaltungen zum Thema, um Stimmung gegen Zuwanderung zu machen. Sie mischen sich ins Publikum, stellen sich als besorgte Bürger\_innen dar, befeuern Ängste.

- Politiker\_innen sowie Verwaltungsangestellte sollten sich über das rassistische Potential in der Umgebung informieren, gegebenenfalls Unterstützung und Beratung suchen.
- PFD-Mitarbeiter\_innen sollten die Angestellten der Kommunen aktiv über die Herausforderung einer solchen Informationsveranstaltung aufklären, auf das rechtsextreme Mobilisierungspotential und Handlungsanweisungen hinweisen.
- Von Anfang an muss klar sein, dass die Unterkunft selbst nicht zur Debatte steht, dass nicht das Ob, sondern das Wie verhandelt wird. Im Titel muss eine menschenrechtsorientierte Positionierung deutlich werden.
- Rechtsextreme kann man im Vorhinein offiziell ausladen, wenn die Veranstaltung in einem geschlossenen, nicht öffentlichen Raum stattfindet, zum Beispiel in einer Kirche oder in Vereinsräumen. In der Einladung (und bei allen Hinweisen auf die Veranstaltung) muss dann eine entsprechende Klausel stehen. Allerdings sind nicht alle Gegner\_innen von Unterkünften in rechtsextremen Organisationen aktiv.
- Von einer öffentlichen Veranstaltung können rechte Hetzer\_innen nur nach einer »groben Störung« ausgeschlossen werden. Es ist sinnvoll, eine\_n Rechtsanwält\_in dazu zu bitten. Die zuständige Polizeibehörde muss in jedem Fall zu der Veranstaltung eingeladen werden.
- Andere Möglichkeiten, um organisierte Rechtsextreme auszuschließen: Zu einer Veranstaltung, die als Einwohnerversammlung angemeldet ist, sind nur Bewohner\_innen der Gemeinde zugelassen, zu einer Anwohnerversammlung nur Bewohner\_innen bestimmter Straßenzüge.
- Aufs Podium müssen wichtige Akteure aus der Nachbarschaft: Politiker\_innen, Vereinsvorsitzende, Vertreter\_innen von Kirchen oder Moscheen, Mitglieder von migrantischen Selbstorganisationen, Mitarbeiter\_innen der künftigen Unterkunft und Polizist\_innen. Die Anwohner\_innen sehen, dass das Umfeld für eine Willkommenskultur steht, dass sie ernst genommen werden.
- Muss man davon ausgehen, dass eine rassistische Stimmung herrscht, kann man das Publikum bitten, Fragen schriftlich zu verfassen. Die Redezeit muss begrenzt sein.

**In Worms lud die Gemeinde ein, in per Losverfahren zusammengestellten Kleingruppen eine bestimmte Zeit über die Unterkunft zu reden. In jeder Gruppe saß ein\_e Moderator\_in und ein/e Protokollant\_in. Die Leitfrage lautete: »Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Stadt Schutzsuchenden in ausreichender und menschenwürdiger Form eine Bleibe bieten kann?«**

- 
- Auf viele Vorbehalte kann man sich vorbereiten. Auf den rassistischen Hintergrund der Kritik, bei der Entscheidung zum Bau einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge nicht beteiligt worden zu sein, kann man gut hinweisen. Bei anderen kommunalen Entscheidungen ist die angeblich fehlende Beteiligung schließlich auch kein Thema. Polizist\_innen können Auskunft über die Kriminalitätsstatistik geben.

**Anwohner\_innen einer geplanten Flüchtlingsunterkunft, die fürchteten, die Grundstückspreise würden sinken, schlug ein Bürgermeister in Norddeutschland einen entzweifelnden Deal vor. Wären die Preise in fünf Jahren tatsächlich gesunken, würde er ihnen aus der Gemeindegasse die Differenz zahlen. Wären die Grundstückspreise aber in fünf Jahren gestiegen, müssten die Anwohner\_innen die Differenz an die Gemeinde zahlen. Danach war das Thema erledigt.**



**Ausführliche Leitfäden für Veranstaltungen zu Unterkünften:**

»Keine Bühne für Rassismus« der MBR Berlin gibt praktische Empfehlungen, wie die Instrumentalisierung von öffentlichen Informationsveranstaltungen durch Rechtsextreme verhindert werden kann:

<http://bit.ly/1RxUXOH>

»Feste Feiern ohne Nazis« der MBR Berlin zeigt auf wie Störaktionen von Rechtsextremen und Rassist\_innen erfolgreich verhindert werden können:

<http://bit.ly/1VE7eqU>

»Leitfaden für eine Informationsveranstaltung zum Thema »Flüchtlingsunterkünfte« gibt hilfreiche Tipps, um Rechtsextremen und Rassist\_innen keine Bühne zu bieten:

<http://bit.ly/1QuCQtp>

---

# Einbeziehung der Flüchtlingsperspektive

Obwohl viele Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft mit Flüchtlingen zu tun haben, entsteht oft kein Austausch auf Augenhöhe. Selbst nach Jahren in Deutschland haben viele geflüchtete Menschen das Gefühl, nicht als gleichwertige Bürger\_innen anerkannt zu werden. Viele fühlen sich nicht berechtigt, Kritik an rassistischen Verhaltensweisen zu üben, Veränderung zu fordern.

- Die individuelle Situation des geflüchteten Menschen muss berücksichtigt, Bevormundung vermieden werden. Geflüchtete dürfen nicht nur als Opfer wahrgenommen werden. Flucht und Asylantrag bestimmen nicht die Identität eines Menschen. Je nach Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung, Herkunft und Erfahrung haben die Menschen, die nach Deutschland kommen, unterschiedliche Probleme, Bedürfnisse und Einstellungen.
- Interkulturelle Seminare und rassismuskritische Fortbildungen sensibilisieren für Diskriminierung und vorurteilsgeprägte Haltungen.
- Jeder kann sich selbst fragen: Sieht man Asylsuchende als gleichberechtigte Partner\_innen an? Fragt man die Menschen, was sie brauchen? Welche Erwartungen hat man ihnen gegenüber? Kann für die Perspektive geflüchteter Menschen Verständnis aufgebracht werden?
- Vorträge zu Fluchtursachen und den Folgen der Globalisierung organisieren zum Beispiel Zentralen für politische Bildung. Sie vermitteln Grundlagenwissen zum Thema Flucht und Migration. In Baden-Württemberg wurden bei Veranstaltungen zu neuen Unterkünften zum Beispiel die Waffenexporte der heimischen Firmen zum Thema gemacht.
- Flüchtlinge haben meist klare Vorstellungen von ihrem Leben und ihren Bedürfnissen. Sie wissen, welche Unterstützung sie brauchen. Falls Selbsthilfegruppen von Geflüchteten bereits existieren, muss mit ihnen zusammengearbeitet werden.

**In Bayern haben die Bewohner\_innen einer Unterkunft acht Sprecher\_innen gewählt, die gegenüber der Verwaltung und Ehrenamtlichen ihre Interessen vertreten. Je drei der Sprecher\_innen nehmen an Treffen interdisziplinärer Arbeitskreise teil und vertreten die Position der Asylsuchenden. In einer anderen bayerischen Unterkunft setzen sich die Mitarbeiter\_innen regelmäßig mit Kleingruppen von Asylsuchenden zusammen, um Probleme und Bedarfe zu eruieren.**

Um Menschen bei uns willkommen zu heißen, reicht es auf Dauer nicht, nur in Form von Kleiderspenden oder Deutschkursen humanitäre Hilfe zu leisten. Engagement für Flüchtlinge kann langfristig nicht unpolitisch sein. Asylsuchende dürfen sich weder frei bewegen noch niederlassen, ihren Beruf nicht frei bestimmen, nicht wählen gehen. Demonstrationen und Informationsveranstaltungen sind ein Mittel, um auf strukturelle Benachteiligung hinzuweisen. Bei öffentlichen Auftritten sowie im Gespräch, vor allem mit Politiker\_innen, sollten Multiplikator\_innen auf die Einschränkung der Grund- und Menschenrechte für Asylsuchende hinweisen sowie für eine Änderung der Situation eintreten.



### **Perspektivwechsel**

Fortbildungen bietet zum Beispiel das Interkulturelle Bildungsnetzwerk Baden-Württemberg:  
<http://www.bildungsnetzwerke-bw.de>

Materialien des Netzwerkes rassismuskritische Migrationspädagogik: [www.rassismuskritik-bw.de](http://www.rassismuskritik-bw.de)  
Amadeu Antonio Stiftung: »Hier zu leben, hat mich sehr wachsen lassen – Lebenssituationen von einheimischen und geflüchteten Muslim\_innen aus Mecklenburg-Vorpommern«:  
<http://bit.ly/1Rk5AYn>

### **Weiterführende Literatur:**

Hassan Ali Djan (2015): Afghanistan. München. Ich. Meine Flucht in eine bessere Welt. Herder  
Jakob, Christian (2016): Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern.  
Ch Links Verlag

---

# Sicherheitskonzepte: Schutz von Asylsuchenden und Ehrenamtlichen

Im vergangenen Jahr vervielfachten sich die körperlichen Übergriffe auf Asylsuchende im Vergleich zu 2014, ebenso die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Die Dunkelziffer ist hoch, viele Asylsuchende bringen Übergriffe nicht zur Anzeige. Auch Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sind immer häufiger von Angriffen betroffen. Besonders in ländlichen Regionen, wo jede\_r jeden kennt, wirken Einschüchterungsversuche.

- Zivilgesellschaftliche Akteure müssen in der Debatte über die Ankunft von Flüchtlingen frühzeitig das Wort ergreifen. Sie müssen eine klare Haltung vertreten, auf Vorbehalte reagieren. Potentiellen Brandstifter\_innen und Hetzer\_innen muss deutlich signalisiert werden: »wir sind viele und wir verurteilen euch.«

**Wenige Stunden nach einer von Rechtsextremen gekaperten Veranstaltung zu einer neuen Flüchtlingsunterkunft brannte im Norden von Mecklenburg-Vorpommern eine (noch nicht bezogene) Unterkunft. Im Vorfeld hatten Rechtsextreme in sozialen Netzwerken und auf Demos massive Hetze verbreitet. Lokalpolitiker\_innen und Akteure aus der Zivilgesellschaft hatten sich in der Debatte kaum geäußert.**

- Zivilgesellschaftliche Akteure aus allen Lebensbereichen müssen Allianzen formen, am besten bevor Flüchtlinge zuziehen. Ein gutes Instrument, um ein Netzwerk zu etablieren, sind »Runde Tische«.
- Vertreter\_innen von Religionsgemeinschaften sind wichtige Partner. Auf Veranstaltungen und bei Gottesdiensten können sie Ängste der Menschen ansprechen, gegen Menschenfeindlichkeit und für Nächstenliebe eintreten, Begegnungen mit Geflüchteten organisieren. Sie können auch demokratischen Akteure vernetzen.
- Bündnisse müssen sich öffentlich präsentieren und positionieren, mit Plakaten und Flyern, einer Website und in Sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter.
- Listen mit Kontaktdaten aller Menschen, die in der Gemeinde mit Asylsuchenden zusammenarbeiten oder eine wichtige Rolle inne haben, sind hilfreich, um in Krisensituationen schnell und geschlossen zu reagieren.
- Ist das rechtsextreme Potential im Umfeld groß, sollten Menschen, die sich engagieren, eine Auskunftssperre im Einwohnermeldeamt und bei der KFZ-Zulassungsstelle beantragen. Die Behörden geben dann keine persönlichen Daten weiter. Weitere Schutzmaßnahmen finden Sie in der Broschüre von LOBBI-MV: »Im Fokus von Neonazis«:  
<http://bit.ly/22i9FVm>

---

### **Hetze in Sozialen Netzen**

Neonazis nutzen soziale Netzwerke als Propagandamedium. Sie nähren Vorurteile auf Neinum-Heim-Facebook-Seiten - auch mit Gerüchten - um die vermeintliche »Wir-Gruppe« gegen die »feindlichen Anderen« aufzuhetzen. Sie wollen rationale Argumente entkräften, Unruhe und Aggressionen anstacheln. Wer auf rechten Facebook-Seiten in die Debatte einsteigt, begibt sich in Gefahr, selbst Zielscheibe von Attacken zu werden. Die Hetzer\_innen selbst erreicht man mit Argumenten meist nicht, jedoch (stille) Mitlesende. Die beste Antwort auf die lokale rechtsextreme Facebook-Seite: eine Willkommen-Seite.

Die rechten Seiten dienen als Recherchewerkzeug. Mit wem hat man es zu tun? Welche Aktionen sind geplant? Wer wird diffamiert? Stehen konkrete Menschen im Visier der Kommentare, sollten Opferberatungsstellen informiert und Solidarität gegenüber den Attackierten gezeigt werden. Als Bündnis oder Behörde kann zum Beispiel eine Pressemitteilung sinnvoll sein.

Gegenrede im Netz sollte allgemein aktiv gefördert werden und dazu aufgerufen werden, rassistische Inhalte bei Netzbetreibern zu melden. Weitere Hinweise: Amadeu Antonio Stiftung: »Geh sterben! - Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet« <http://bit.ly/1Uko7Yy>

### **Weitere Leitfäden für eine Willkommenskultur**

Amadeu Antonio Stiftung: »Refugees Welcome - Gemeinsam Willkommenskultur gestalten«: <http://bit.ly/1hLVTAj>

Amadeu Antonio Stiftung: »15 Punkte für eine Willkommensstruktur in Jugendeinrichtungen«: <http://bit.ly/22F5FLf>

Beratungsprojekt »Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus« c/o gsub-Projektgesellschaft mbH: »Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus - Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort«: <http://bit.ly/1UBXk8B>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Hamburg: »Geflüchtete Willkommen heißen!«: <http://bit.ly/1L6Brwl>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: »Was tun, damit's nicht brennt?«: <http://bit.ly/1TVs0kC>

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.: Sonderausgabe »Flüchtlingshilfe konkret«: <http://bit.ly/1T68MZX>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.): Demokratiestärkung im ländlichen Raum Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe kommunaler Verantwortungsträger\_innen: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen\\_materialien/demokratiestaerkung/doku-fachwerkstatt-demokratiestaerkung.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/demokratiestaerkung/doku-fachwerkstatt-demokratiestaerkung.pdf)

---

# Links und Adressen der Referierenden der Fachtagungen

Diese Handreichung fasst die Vorträge der Referent\_innen der Fachtagungen »Rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen entgegentreten, Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende etablieren« in Hamburg, Weinheim und Erfurt zusammen. Für Fragen wenden Sie sich bitte direkt an die Referentinnen und Referenten.

## **Vorurteile und Ressentiments gegen Geflüchtete**

Prof. Dr. Beate Küpper  
Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein  
Richard-Wagner-Straße 98, 41065 Mönchengladbach  
Telefon: 02161. 1865 709  
beate.kuepper@hs-niederrhein.de  
[www.hs-niederrhein.de/sozialwesen/personen/kuepper/](http://www.hs-niederrhein.de/sozialwesen/personen/kuepper/)

Prof. Dr. Albert Scherr  
Institut für Soziologie, Pädagogische Hochschule Freiburg  
Kunzenweg 21, 79117 Freiburg  
Telefon: 0761. 682 227  
scherr@ph-freiburg.de  
[www.ph-freiburg.de/en/soziologie/institut/mitglieder/prof-dr-albert-scherr.html](http://www.ph-freiburg.de/en/soziologie/institut/mitglieder/prof-dr-albert-scherr.html)

## **Die Darstellung von Flüchtlingen in den Medien**

Andrea Kothen  
PRO ASYL  
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/Main  
Telefon: 069. 2423 140  
proasyl@proasyl.de  
[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

Simone Rafael  
Netz gegen Nazis, Amadeu Antonio Stiftung  
Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 18  
simone.rafael@amadeu-antonio-stiftung.de  
[www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

## **Flüchtlingsfeindliche Hetze in sozialen Netzwerken**

Eva Ahlers  
Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO)  
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart  
Telefon: 0711. 896 915 23  
e.ahlers@lago-bw.de [www.lago-bw.de](http://www.lago-bw.de)

Johannes Baldauf  
No-Nazi.Net, Amadeu Antonio Stiftung  
Novalisstraße 12, 10115 Berlin  
Telefon: 030. 240 886 24  
johannes.baldauf@amadeu-antonio-stiftung.de  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

## **Handlungsstrategien gegen rassistische Mobilisierungen**

Tahera Ameer, Miriam Camara und Laura Piotrowski  
Aktion Schutzschild, Amadeu Antonio Stiftung  
Novalisstraße 12, 10115 Berlin  
Telefon: 030. 240 886 10  
tahera.ameer@amadeu-antonio-stiftung.de  
miriam.camara@amadeu-antonio-stiftung.de  
laura.piotrowski@amadeu-antonio-stiftung.de  
schutzschild@amadeu-antonio-stiftung.de  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

---

Nissar Gardi  
Empower – Beratungsstelle für Betroffene  
rechter, rassistischer und antisemitischer  
Gewalt  
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg  
Telefon: 040. 284 016 66 oder -67  
empower@hamburg.arbeitundleben.de  
www.hamburg.arbeitundleben.de/empower

Verband der Beratungsstellen für Betroffene  
rechter, rassistischer und antisemitischer  
Gewalt e.V.  
Oranienstraße 159, 10969 Berlin  
Telefon: 030. 555 743 71  
info@verband-brg.de www.verband-brg.de

### **Kommunikationsstrategien mit Anwoh- ner\_innen: »Bürgerversammlungen«**

Martin Arnold  
[CoRa] – contra Rassismus – pro Migration  
und Asyl  
Flüchtlingsrat Thüringen e.V., DGB Bildungs-  
werk Thüringen e.V.  
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt  
Telefon: 0176. 569 413 31  
martin.arnold@fluechtlingsrat-thr.de  
www.fluechtlingsrat-thr.de/projekte/cora

Felix Eitel und Rolf Knieper  
Landeskoordinierungsstelle Kompetenznetz-  
werk »Demokratie leben«, Rheinland-Pfalz  
Landesamt für Soziales, Jugend und Versor-  
gung – Abt. Landesjugendamt  
Rheinallee 97-101, 55118 Mainz  
Telefon: 06131. 967 185  
beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de  
www.beratungsnetzwerk-rlp.de

Reinhard Hotop  
MOBIT e.V., »KoPa« (Kompetente Parlamente)  
Pfeiffersgasse 15, 99084 Erfurt  
Telefon: 0361. 789 756 48 www.mobit.org  
kompetente-parlamente@mobit.org

Bianca Klose  
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus  
(MBR) Berlin  
Gleimstraße 31, 10437 Berlin  
Telefon: 030. 817 985 810  
info@mbr-berlin.de  
www.mbr-berlin.de

Bundesverband Mobile Beratung e.V.  
Bautzner Str. 45, 01099 Dresden  
Telefon: 0351. 500 54 16  
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de  
www.bundesverband-mobile-beratung.de

### **Einbeziehung der Flüchtlingsperspektive**

Christina Büttner  
Ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter,  
rassistischer und antisemitischer Gewalt  
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt  
Telefon: 0361. 218 651 33  
info@ezra.de  
www.ezra.de

Imam-Jonas Dogesch  
MIGRANET-MV  
Waldemarstraße 33, 18057 Rostock  
Telefon: 0381. 1286 990  
fabro1-ev@t-online.de  
www.migranet-mv.de

Sinthujan Varatarajah  
University College London  
Flüchtlinge Willkommen  
Mensch Mensch Mensch e.V.  
Postfach 65 03 05, 13303 Berlin  
Telefon: 030. 92100 445  
sinthujan.varatharajah@gmail.com  
www.fluechtlinge-willkommen.de

---

**Vom Willkommen zum Ankommen: Zur  
dauerhaften Integration von Flüchtlingen**

Tina Dürr  
beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention  
gegen Rechtsextremismus  
Wilhelm-Röpke-Straße 6, 35032 Marburg  
Telefon: 06421. 2821 110  
kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de  
www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Mirjam Kruppa  
Beauftragte für Integration, Migration und  
Flüchtlinge  
Thüringer Ministerium für Migration, Justiz  
und Verbraucherschutz (TMMJV)  
Werner-Seelenbinder-Straße 5, 99096 Erfurt  
Telefon: 0361. 379 5000  
adriana.sonntag@tmmjv.thueringen.de  
www.thueringen.de/th10/ab/index.aspx

Nicole Möhle  
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Inte-  
gration (BASFI)  
Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg  
Telefon: 040. 428 630  
poststelle@basfi.hamburg.de  
www.hamburg.de/basfi

Ralf Probst  
Work and Integration for Refugees (W.I.R.)  
Flüchtlingszentrum Hamburg  
Adenauerallee 10, 20097 Hamburg  
Telefon: 040. 2840 790  
w.i.r@fz-hh.de  
www.fz-hh.de

Mark Sauer  
Verwaltungsleitung Stadt Ratzeburg  
Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg  
Telefon: 04541. 8000 114  
sauer@ratzeburg.de  
www.ratzeburg.de

Dörthe Thiele  
Beauftragte für Migration & Integration der  
Stadt Jena  
Saalbahnhofstraße 9, 07743 Jena  
Telefon: 03641. 492 635  
integration@jena.de  
www.jena.de/de/stadt\_verwaltung/stadtver-  
waltung/dezernat1/beauftragte\_migration\_in-  
tegration/243890

Anja Zachow  
Koordinatorin des Landesprogramms »Denk  
bunt«  
Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend  
und Sport – Referat Jugendpolitik  
Werner-Seelenbinder-Straße 7, 99096 Erfurt  
Telefon: 0361. 3798 422  
anja.zachow@tmbjs.thueringen.de  
www.denkbunt-thueringen.de

**Interkulturelle Öffnung als Beitrag zur Ent-  
wicklung einer Willkommenskultur**

Tanja Chawla  
Hochschule für Angewandte Wissenschaften  
Hamburg (HAW)  
Berliner Tor 5, 20099 Hamburg  
Telefon: 040. 428 757 140  
tanja.chawla@haw-hamburg.de  
www.haw-hamburg.de

Verena Meyer  
ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassis-  
muskritische Jugendarbeit, Amadeu Antonio  
Stiftung  
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover  
Telefon: 0511. 897 343 33  
verena.meyer@amadeu-antonio-stiftung.de  
www.amadeu-antonio-stiftung.de

---

**Zusammenarbeit mit Unterkunftsverwaltung, Sicherheitspersonal und Ehrenamtlichen**

Katharina Höfel und Kay Seligmann  
Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT) Hamburg  
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg  
Telefon: 040. 284 016 61  
mbt@hamburg.arbeitundleben.de  
www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt

Johannes Maaser  
Ordnungsamt Stadt Marburg, Bereich Prävention  
Frauenbergstraße 35, 35039 Marburg  
Telefon: 06421. 2011 296  
johannes.maaser@marburg-stadt.de  
www.marburg.de

**Sicherheitskonzepte: Schutz von Asylsuchenden und Ehrenamtlichen**

Annika Bohn  
Systemische Therapeutin, Trainerin des Netzwerk für Demokratie und Courage, Referentin der Amadeu Antonio Stiftung  
annika.bohn@gmx.de

Christina Büttner  
Ezra - Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt  
Telefon: 0361. 218 651 33  
info@ezra.de  
www.ezra.de

**Demokratiestärkung im ländlichen Raum**

Elisabeth Schönrock  
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement  
Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin-Mitte  
Telefon: 030. 629 806 09  
elisabeth.schoenrock@b-b-e.de  
www.b-b-e.de

# UNTERSTÜTZEN SIE INITIATIVEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES MITEINANDER

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür hat sie bereits über 950 lokale Initiativen überall in Deutschland unterstützt – die sich in Jugendarbeit und Schule, in der Opferberatung, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Arbeitsbereichen engagieren. Dazu gehören Projekte wie:

- die Bildungsarbeit der AStA der Universität Rostock zur Asylpolitik
- das Festival »Jamel rockt den Förster« in Nordwestmecklenburg
- die Theatertour »Asylant im Wunderland«

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

## Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

Fax: 030. 240 886 22

 [info@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:info@amadeu-antonio-stiftung.de)

 [amadeu-antonio-stiftung.de](http://amadeu-antonio-stiftung.de)

 [facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

 [twitter.com/AmadeuAntonio](https://twitter.com/AmadeuAntonio)



## Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

**Überall in Deutschland sind Flüchtlinge derzeit akut von rassistischer Gewalt bedroht. Sie werden bedrängt und geschlagen, müssen Brandanschläge auf ihre Unterkünfte fürchten und sind oft nur durch Aufgebote der Polizei, Wachschutz oder Zivilgesellschaft zu schützen. Versuche rechtsextremer Gruppen, aus diffusen Ängsten Kapital zu schlagen und mit Hetzparolen zu mobilisieren, haben vielerorts Erfolg. Verwaltung, Behörden und Helfende sind in dieser Situation dringend auf gegenseitige Unterstützung und unkomplizierten Austausch angewiesen. Die in Kooperation der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie und Jugend sowie der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführten Fachtagungen sollten diesen Austausch ermöglichen.**

**Verwaltungen sowie Fach- und Koordinierungsstellen der Partnerschaften für Demokratie waren eingeladen, im kollegialen Gespräch gemeinsam Problemlösungen und Strategien gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Mobilisierungen zu entwickeln, um eine nachhaltige Willkommenskultur in Deutschland zu etablieren. Diese Dokumentation fasst die Ergebnisse zusammen und formuliert Handlungsanweisungen im Umgang mit rechtspopulistischer Hetze.**

